



## Die FDP schafft mehr Transparenz



*Romana Heuberger, Stadtparlamentarierin  
Präsidentin Kommission Stadtbau (SBK)*

Wer sich politisch engagieren und Projekte der Stadt fundiert beurteilen möchte, benötigt dazu alle relevanten Informationen – auch Studien, Gutachten und Planungen. Deshalb garantiert das in der Bundes- und Kantonsverfassung verankerte Öffentlichkeitsprinzip grundsätzlich den Zugang zu diesen Dokumenten.

Doch bisher haben in Winterthur weder das Parlament noch die Bevölkerung einen Überblick, welche Studien,

zu welchen Themen und an wen vom Stadtrat oder der Verwaltung in Auftrag gegeben werden. So wissen wir auch nicht, ob es Studien gibt, deren Erkenntnisse nicht im Sinne des Auftraggebers sind und deshalb in einer Schublade verschwinden oder ob die Studienersteller aufgrund des Auftragsvolumens überhaupt noch ein unabhängiges Urteil abgeben können. Um Vertrauen zu schaffen und einen guten politischen Dialog zu fördern, braucht es mehr Transparenz.

Diese hat das Parlament nun vom Stadtrat eingefordert – gegen dessen ausdrücklichen Willen. Mit der Erheblichkeitsklärung der [FDP-Motion](#) müssen inskünftig Studien, Gutachten und Planungen für alle zugänglich auf der Webseite der Stadt Winterthur publiziert werden – ausser der Persönlichkeitsschutz überwiegt, was selten der Fall sein dürfte. Der Stadtrat ist nun aufgefordert, die städtische Informationsverordnung entsprechend anzupassen. Wir schaffen Mehrheiten und damit Transparenz – wir bleiben dran!

## Warum hat die Stadt Winterthur keine Digitalisierungsstrategie?

Laut diversen älteren Protokollen arbeitet die Stadt Winterthur an einer Digitalisierungsstrategie. Diese soll als Grundlage für weitere Strategien, wie z. B. die Informatikstrategie dienen. Stand heute gibt es weder die eine noch die andere Strategie. Kaum vorstellbar, dass eine Stadt wie Winterthur hier nicht vorwärts macht. Denn gerade Winterthur hätte es zwingend nötig. Bessere Effizienz in der Verwaltung, einfachere Interaktion für die Bürger und Unternehmen mit der Stadt und weniger Papierverschleiss. In der Fragestunde im Stadtparlament Winterthur vom 19. September 2022 hat Kaspar Bopp auf meine Frage hin bestätigt, dass es keine dieser Strategien gibt und er konnte auch keine konkrete Aussage dazu treffen, wann diese Strategie vorgelegt wird. Ich

denke, es ist höchste Zeit, dass die Stadt bei der Digitalisierungsstrategie und anschliessend auch beim Thema Informatik vorwärts macht. Sich selbst, aber auch der Bevölkerung, den Unternehmen, dem Steuerzahler und der Umwelt zuliebe.



*Raphael Tobler, Stadtparlamentarier  
Mitglied Aufsichtskommission (AK)*

## Budget 2023: Es fehlt an Weitsicht und Planung



*Urs Hofer, Stadtparlamentarier  
Fraktionspräsident FDP*

### Medienmitteilung der Fraktion vom 07.10.2022

Die Ausgangslage der Stadt Winterthur ist herausfordernd: Man schleppt einen gigantischen Schuldenberg von rund CHF 1,2 Milliarden vor sich her und sieht sich nun mit einem steigenden Zinsumfeld und schlechten Wirtschaftsprognosen konfrontiert. Die Kosten in den Bereichen Bildung, Soziales und Pflegefinanzierung steigen weiterhin überproportional und verschlingen mehr als 2/3 aller Einnahmen.

Die Herausforderungen in der Energiepolitik sind – auch aber nicht nur wegen dem Klimaplan – gigantisch und der Handlungsbedarf zeitlich dringlich. Dies alles in Zeiten von steigenden Baukosten.

In Anbetracht dieser Ausgangslage würde man ein Budget mit klaren Prioritäten und finanziellen Reserven für Schuldenabbau und/oder Unvorhergesehenes erwarten. Die Stadt reagiert aber mit dem gleichen Mittel wie immer in den letzten Jahren: Aufblähen der Verwaltung und keinerlei Plan für die darauffolgenden Jahre. Mit einem vorgesehenen Aufbau von insgesamt rund 118

zusätzlichen Stellen ist sogar der grösste Stellenaufbau der letzten Jahre geplant. Der gesamte Personalaufwand im Budget wird auf rund CHF 510 Millionen geschätzt; in der Rechnung 2015 waren dies noch CHF 427 Millionen. In der Differenz könnte man jährlich ein neues Polizeigebäude finanzieren oder halt eben Schulden abbauen. Trotz diesem beachtlichen Aufbau an internen Ressourcen soll auch der Aufwand für Dienstleistungen und Honorare Dritter nochmals markant steigen. Dies auf insgesamt rund CHF 73 Millionen – nochmals ein Polizeigebäude jährlich. Daneben diskutiert man aktuell munter einen Energieplan, der gewaltige Investitionen zur Folge hätte, aber bezeichnenderweise mit keinem Preisschild versehen ist. Ebenfalls bezeichnend ist der Satz im Fazit, dass «der Stadtrat und die Verwaltung in den vergangenen Jahren enorm in diese Grundlagenarbeit investiert haben» - es wäre höchste Zeit von der «Grundlagenarbeit» endlich zur Umsetzung zu gelangen. Da liegen die wahren Herausforderungen und Prioritäten.

Die FDP Winterthur steht für eine lebenswerte, soziale und klimafreundliche Stadt – dies kann und darf seinen Preis haben. Damit dies aber nachhaltig gesichert werden kann, braucht es eine strategische Führung mit weit-sichtiger Planung, Umsetzungsstärke und klaren Prioritäten, bei der Nützlich von Wichtigem getrennt wird. Dies alles vermessen wir seit Jahren. In der Zwischenzeit leben wir weiterhin über unseren Verhältnissen und auf Kosten der nächsten Generation. Zudem sind wir auf Ge-deih und Verderb vom kantonalen Finanzausgleich und weiterhin hohen Grundstückgewinnsteuererträgen abhängig. Die FDP Fraktion plädiert schon seit Jahren vergeblich für einen Richtungswechsel.



Haben Sie Wünsche, Anregungen oder generelle Rückmeldungen, so kontaktieren Sie uns bitte unter [info@gioia-porlezza.ch](mailto:info@gioia-porlezza.ch). Zu den einzelnen Themen dürfen die entsprechenden Fraktionsmitglieder

der auch gerne direkt angeschrieben werden.